

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 37.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratennahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cbln.

Cbln, den 12. September 1913.

Inserationspreis für die viersp. Zeitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cbln, Denloerwall 2. Telefonruf B. 1548. — Redaktionschluss ist Montag Mittag.

14. Jahrg.

Der Kampf der Werftarbeiter.

Der disziplinierte Kampf an der Wasserkante, ist nunmehr mit dem Beschluß der Bremer soziald. organisierten Holzarbeiter, die Arbeit wieder aufzunehmen, völlig beendet. Die sozialdemokratischen Massen, die zunächst glaubten mit der Waffe des wilden Streiks große Erfolge zu erzielen, lehnen infolge der Beschlüsse ihrer Hauptvorstände und Verbandstage an die Arbeit zurück, mit Erbitterung über das, was man ihnen angetan. Nur langsam werden die Streikenden wieder eingestellt. Einer nach dem anderen, gleichsam, als hätten die Werftbesitzer ein besonderes Vergnügen daran, die Unterlegenen bis zum äußersten zu peinigen.

Die Arbeitgeber an der Wasserkante, zumal die Werftbesitzer, gelten zumeist nicht als besonders human. Die Arbeit auf den Werften hat mehr den Charakter von Saisonarbeit, und die Unternehmer betrachten es als das selbstverständliche ihrer Rechte, wenn die Bestellungen spärlicher vorliegen, die Arbeiter bis zu Tausenden ohne weiteres auf die Straße zu setzen. Dabei müssen alsdann die Leute bei der Wiedereinstellung mit den niedrigsten Einstellungsgehältern wieder anfangen. In Zeiten guter Konjunktur dagegen wird Heberarbeit bis zum äußersten verlangt. Das auch selbst die ganze Art der Werftunternehmer nicht die rückständigste ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß auf diesem Boden das sogenannte „Hamburger System“ der Unternehmerarbeitsnachweise gewachsen ist, ein System, dessen besonderes Kennzeichen die rückständigste und in gewissem Sinne brutale Auslese der Arbeiter ist. Zudem haben diese Unternehmer sich in der Einhaltung der in dem Kampfe von 1910 gemachten Zugeständnisse keineswegs von übergroßer Strupelhaftigkeit gezeigt. Alles das wirkt zusammen, um das ganze Milieu von Seiten der Unternehmer auch als ein recht schwürles erscheinen zu lassen, sodas man gewiß manches finden kann, um sich von den Arbeitern zur Schau getragene Erregung zu erklären.

Aber auch die Arbeiter an der Wasserkante haben ihr eigenartiges Milieu. Es ist dies dasselbe Milieu, in dem sich seiner Zeit, kurz nach der Bewegung von 1910, der „Fall Jhle“ abspielte, wo der Hamburger Beamte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes von den seiner Zeitung unterstellten Arbeitern an die Luft gesetzt wurde, weil er es ablehnte, sich der Diktatur der Radikalität zu unterwerfen. Damals schrieb der „Proletarier“ vom sozialistischen Fabrikarbeiterverbande den sozialistischen Metallarbeitern von der Wasserkante manches ins Stammbuch, woran man heute unwillkürlich erinnert wird:

„Wohin kommen wir denn“, so schrieb er u. a., „mit unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit, wenn die reiflich erwogenen Bestimmungen der Statuten, wenn die sorgfältig überlegten Beschlüsse der Vorstände, der Werft- und ähnlicher verantwortlicher Kommissionen jederzeit von einer einzigen Zahlstelle, ja von der Zufälligkeit einer beliebigen Disziplinierung über den Haufen geworfen, wenn gutgeleitete ausrichtsreiche Bewegungen der Spielball gewissenloser Spielerei, phrasentrunkener Demagogie, scheinradikaler Unverantwortlichkeit werden sollten? Wohin kommen wir, wenn wir an die Stelle einer gesunden, ihre leitenden und verantwortlichen Instanzen nach Können und Eifer bestimmenden Demokratie eine wüste Diktatur setzen, in der jeder entscheidet und jeder alle oder vielmehr gar keine Verantwortung trägt? Wollen wir denn wirklich die Entscheidung über Sein und Nichtsein unserer Organisationen, über Wohl und Wehe unserer Kollegen dem blinden Zufall preisgeben, sie von Stimmungen und Aufwallungen abhängig machen? Oder wollen wir nicht doch lieber uns erhalten, was weit mühsamer aufgebaut wurde, als gewisse rücksichtslose Maulhelden öffnen, wollen wir nicht lieber die Ueberlegung, die Berechnung, den Verstand, die Erfahrung, so, wie bisher — in den meisten Fällen wenigstens war es so — entscheiden lassen?“

Das es genau das hier beschriebene Milieu war, aus dem der jetzige Werftarbeiterstreik entspringt, hat der Verbandsvorsitzende Schlichte auf der außerordentlichen Generalversammlung der Metallarbeiter zum Orenden deutlich angedeutet, indem er mit scharfer Ironie von einer Bewegung „von unten herauf“ sprach, und sich darüber beklagte, daß alle Organe des Vorstandes von den Werftleuten als „Bremsleistungen“ angesehen worden seien. Es ist dies das Milieu, um es mit einem Wort zu sagen, in dem eine skandalisierende Revolutionsromantik ihre schlimmsten Organe feiert. Die ganze Entwicklung der Dinge dort oben kann nicht verstanden werden, wenn man sich nicht über diesen dort herrschenden Geist klar ist. Wenn immer in den sozialistischen Gewerkschaften „etwas los“ war, die Hamburger usw. waren immer dabei. Bei jeder großen Tarifbewegung heippielweise mußte hier der sozialistische Malerverband eine Abtrennung und einen großen örtlichen Krakeel erleben. Hier wurde gegen, der Vorsitzende der Generalkommission, überschrieben, als er in der Massen- und Führerfrage den gewerkschaftlichen Standpunkt zur Geltung bringen wollte. Hier ist es schließlich auch, wo, wie ja die jetzige Bewegung zeigt, die unsinge-

schränkteste Brutalisierung der christlichen Arbeiterchaft an der Tagesordnung ist.

Woran liegt das? Etwa daran, daß hier das Gefühl für eine weitgehende Demokratie besonders stark wäre? Unsinn! Die Stimme im „Proletarier“ befragt dieserhalb wohl mehr als genug. Und dann stand ja im vorliegenden Falle die praktische Seite der Gewerkschaftsdemokratie gar nicht in Frage, weil ja die Vertreter der Arbeiter überall zugezogen wurden und sich ausdrücklich mit dem Gang der Dinge einverstanden erklärten. Woran es liegt? Nun, daran, daß hier die sozialdemokratische Presse in unbeschränktem Maße das Feld hinsichtlich der Erziehung der Massen behauptet. Der Werftarbeiterstreik hat wieder einmal einen Blick hineintun lassen in die Berwüstungen, welche der Sozialismus auf gewerkschaftliche Felde anrichtet. Unter dieser Einwirkung kommt es noch so weit, daß wir schließlich in Deutschland in gewerkschaftlicher Hinsicht zwei verschiedene Sprachen sprechen und uns immer weniger verstehen. Wie wäre das auch anders möglich? Die sozialdemokratische Presse tritt anscheinend aus Grundjah immer jenen bei, die, nach dem Worte des Vorsitzenden des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, nichts anderes zu tun wissen, „als aus der Reihe zu tanzen“. Wie sehr die sozialistische Gewerkschaftsbewegung den Schaden einer derartigen Entwicklung, wenn sie es auch nicht eingesteht, selbst empfindet, soweit es sich um die äußere Seite der Sache handelt, kann man an dem seinerzeitigen Versuch erleben, zwischen den Hauptinstanzen der sozialistischen Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei eine Vereinbarung zu treffen, wonach die Parteipresse sich bei ihrer Berichterstattung über wirtschaftliche Bewegungen an die Informationen der beteiligten Gewerkschaften halten sollte. Die sozialistische Parteipresse wies das höhnisch zurück; sie gab, wie ein Gewerkschaftsführer klagte, den Vertretern der Gewerkschaften „Fußtritte ins Kreuz“. Der Versuch wiederholte sich dann später, als die Buchdrucker ihren Krach in Berlin hatten und die Gewerkschaften den sozialdemokratischen Parteivorstand förmlich um Rücksichtnahme auf die schwierige Lage der Gewerkschaften seitens der Parteipresse amwinkelten. Es hat ja damals zur Not geklappt. Jetzt aber ist wieder der völlige Bruch da. Nicht allein hat die sozialdemokratische Presse die Streikenden, die ihr Verbandsstatut mit Füßen traten, in Schutz genommen und gegen den Vorstand unterstützt, sondern man las unmittelbar nach der Generalversammlung bereits von Resolutionen, die von sozialdemokratischen Wählerversammlungen gefaßt wurden und sich mit scharfer Kritik gegen die auf der außerordentlichen Generalversammlung gefaßten Beschlüsse wandten. Das kann auf die Dauer gar nicht ohne Einfluß auch auf die sozialistische Gewerkschaftspresse bleiben. Man kann das bereits an einzelnen tatsächlichen Beispielen nachweisen. Ist es nicht völlig die Sprache der Parteipresse, und zwar der radikalsten, wenn die rote „Holzarbeiter-Zeitung“ (Nr. 5/1911) schreibt, daß im wirtschaftlichen Kampfe immer der Stärkere Recht habe? „Die siegende Sache ist immer die rechte Sache, und jede Lohnbewegung, die mit Erfolg beendet wird, war berechtigt.“ Und hat sich nicht dieselbe „Holzarbeiter-Zeitung“ (Nr. 25, 1911) mit aller Schärfe gegen den Spruch des Tarifamts im Buchdruckergewerbe gewandt, als dieses im Einverständnis mit den Verbandsvertretern zwei Vertrauensleute verurteilte, welche die Ursache zu einem schweren Tarifbruch geworden waren? Wie gesagt: Auf diese Weise, wo die elementarsten Unterlagen gewerkschaftlicher Wirksamkeit aus Rücksicht auf sozialdemokratische Anschauungen einfach wegeschwemmt werden, versteht man sich am Ende im deutschen Gewerkschaftsleben gar nicht mehr. Deswegen muß sich gegen solche Entwicklungen jeder, dem es ehrlich um die Gewerkschaftsinteressen zu tun ist, mit aller Entschiedenheit auflehnen.

Die Vorgänge an der Wasserkante sind Wasser auf die Mühlen der Scharfmacher, der Gelben und der Anarchisten. Der Werftarbeiterstreik ist ein gefundenes Fressen für alle jene, denen eine selbständige Arbeiterbewegung ein Dorn im Auge ist. Und daß die Gelben in dieselbe Kerbe hauen, ist erklärlich. Mit solchen Vorkommnissen wird ja geradezu das Erdreich für sie bereitet. Aber auch die Hoffnungen der gewerkschaftlichen Anarchisten kann man verstehen. Schon lange schauen sie mit Sehnsucht zu dem heißen Boden hinüber, auf dem sich die Arbeiterbewegung an der Wasserkante abspielt. Der jetzige Kampf ist ihnen ein neuer Beweis dafür, daß hier ihre Hoffnungen blühen. Wir sind ja im Gegensatz zu England und Amerika, wo sich neuerdings eine Art von revolutionärem Syndikalismus durchschießt, in Deutschland von solchen Sachen bisher in der Hauptsache verschont geblieben. Vorkommnisse wie der Werftarbeiterstreik sind der beste Auftakt zu ähnlichen Entwicklungen wie in England und Amerika, wo auch der Syndikalismus erst dann zu Atem kam, als wilde Streiks die Atmosphäre mit revolutionärem Stoff füllten.

Aus allem aber ergibt sich die schädliche Wirkung des Sozialismus auf unsere deutsche Gewerk-

chaftsbewegung. Die Ethik des Sozialismus ist es, die immer wieder die Fundamente, auf denen unsere Gewerkschaftsbewegung beruht, ins Schwanken bringt, jene Ethik, die auch im Vertragspartner immer nur den Gegner sieht, der ohne große Gewissenstrupel übers Ohr gehauen werden kann. Die deutschen Arbeiter sollten sich auch in solchen Fällen, wie dem jetzt vorliegenden, die eindringliche Warnung vor Augen halten, die einmal der bekannte Pädagoge Foerster ausgesprochen hat:

„Vertragstreue ist das Fundament aller sozialen Kultur, wer sie dem Gegner nicht hält, der wird sie auch dem Eigenen gegenüber außer acht lassen, denn entweder ist die Treue gegenüber dem gegebenen Worte eine absolute, oder sie ist überhaupt nicht da; das Grundgesetz des Charakters verlangt, daß ich zu meinem Worte stehe, dies gehört zu meiner persönlichen Würde, zur Solidarität meiner ganzen Existenz. Ob es eine Ethik über kämpfenden Klassen gibt oder nicht, das ist zunächst eine Streitfrage für sich — es gibt aber jedenfalls eine Mannes Ehre, die von der Zuverlässigkeit eines gegebenen Versprechens ganz untrennbar ist, und die daher ganz prinzipiell über allen denkbaren Gegensätzen stehen muß — man ist nicht verpflichtet, charakterlos zu werden, um dem Feind zu schaden!...“

Zu den Krankenkassenauswahl-Wahlen.

An dem Ausfall der jetzt allenthalben zu tätigen Krankenkassenauswahlwahlen ist die christliche Gewerkschaftsbewegung auf's lebhafteste um ihrer selbst willen interessiert. Es streiten sich in der Hauptsache um die Besetzung der sozialenämter die christliche und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, und es trifft zu, was schon des öfters betont werden mußte: die Wahlen zu den Krankenkassenauswahlen und -Vorständen, sowie zu den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern und zum Reichsversicherungs- bzw. Landesversicherungsamt, sind der Probierstein und Gradmesser für die zahlenmäßige Stärke, die Durchschlags- und Anziehungskraft der beiden Gewerkschaftsrichtungen.

Trotzdem die politische und gewerkschaftliche Sozialdemokratie seiner Zeit die soziale Gesetzgebung ablehnte, bemüht sie sich doch mit aller Kraft, die Versicherungen ihrer Richtung in die Positionen der obengenannten Träger und Behörden der Arbeiterversicherung hineinzubringen. Die christliche Arbeiterchaft hat nun keinerlei Interesse daran, daß die sozialdemokratischen Vertreter in der Hauptsache diese wichtigen Stellen besetzen. Erstens nähern die Sozialdemokraten diese Ämter im Sinne ihrer politischen und wirtschaftlichen Bestrebungen aus, das müssen wir so viel wie möglich verhindern, und außerdem muß die christliche Gewerkschaftsbewegung schon aus Gründen der Selbsterhaltung, und um eine gute Praxis und Rechtfertigung der Versicherungsträger und -Behörden zu erreichen, sich aufs lebhafteste an den kommenden sozialen Wahlen betätigen. Natürlich gilt es auch, durch gutes Abschneiden bei den Wahlen das Ansehen der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der Öffentlichkeit zu erhöhen und zu stabilisieren; die eigenen Mitglieder aber werden dadurch im Wauen und Vertrauen auf ihre Sache gestärkt und gefestigt. Die gut ausgefallenen Wahlen haben in der Regel ihre Wirkung auf das Vorwärtkommen unserer Bewegung in den betreffenden Bezirken zweifellos ausgeübt. Sie erhöhen die Werbetraft derselben, erfüllen unsere Leute mit Begeisterung und Zuversicht. Schlechte Wahlergebnisse bewirken das Gegenteil. Sie äußern sich dadurch, daß sie die eigenen Anfänger schwankend, andere matt und in der Arbeit müde werden läßt. Darum müssen wir schon aus agitatorisch-gewerkschaftlichen Gründen zur Anspannung aller Kräfte für die kommenden sozialen Wahlen ansetzen. Man kann jetzt nirgends mehr mit der Redensart kommen: es nützt doch nichts, wir kommen doch nicht durch. Wir haben jetzt das Verhältniswahl-system und auf Grund dessen müssen wir in mehr oder minder starkem Maße zur Geltung kommen, sowohl bei den Versicherungsträgern wie auch bei den Versicherungsbehörden. Auch in den Gemeinden, wo die christliche Gewerkschaftsbewegung relativ schwach vertreten ist, muß sie sich mit aller Kraft bei den sozialen Wahlen betätigen, denn die Verteilungssüßer dürfte bei einigermaßen Anstrengung immerhin bei den Wahlen von ihr aufgebracht werden können, besonders dann, wenn sie sich mit den bestehenden konfessionellen Arbeiter-, Arbeiterinnen-, Gesellen- und Jugendvereinen sowie nationalen Angestelltenverbänden zum gemeinsamen Vorgehen verbindet.

Selbstverständlich müssen die Vorarbeiten zu den Wahlen großzügig eingeleitet und gründlich durchgeführt werden. Wo dieses geschieht, schafft man zudem eine Reihe wirkungsvoller Agitationsmittel für die christlichen Gewerkschaften. Die angelegten Konferenzen, Versammlungen und Hausbesuche interessieren auch unorganisierte Kollegen schließlich für unsere Sache, denn unsere Vertrauensleute sind doch keine „stummen Hunde“, sondern redende und handelnde Persönlichkeiten, die jede günstige Gelegenheit auch für ihre Gewerkschaftsarbeit ausnützen. Durch den Wahlkampf werden außerdem die Gegensätze zwischen sozialdemokratischer und christlicher in der Sta-

so stark hervorgehoben, daß christlich und national gesinnte Unorganisierte dann verhältnismäßig viel leichter für die christliche Gewerkschaftsbewegung gewonnen werden können.

Die Wahlen sollen und können auch zur Übung in der organisatorischen Praxis für unsere Bewegung wirken. Man entdeckt und bekommt neue Mitarbeiter. Kollegen, die sich nicht bisher bescheiden und scheu zurückgehalten haben, werden durch den Wahlkampf und die Begeisterung an die Oberfläche geworfen. Sie sind am Ende tauglich für unsere Sache als zukünftige Vertrauensleute und Vorstandsmitglieder.

Die Wahlen bieten endlich auch die Gelegenheit, mit den anderen christlichen und nationalen Vereinen und Organisationen Beziehungen herzustellen, um gemeinsam einen starken Druck, oder noch besser, ein machtvolles Angriffsheer der Sozialdemokratie entgegenstellen zu können. In nicht wenigen Orten haben diese Beziehungen zur Errichtung von sogenannten „Sozialen Ausschüssen“ geführt, die ständig den Dingen auf sozialem und kommunalem Gebiet die größte Aufmerksamkeit schenken. Diese sozialen Ausschüsse können außerdem auch leichter und in umfangreicherem Maße das nötige „Kleingeld“, das zur Durchführung der sozialen Wahlen nun einmal in den einzelnen Bezirken aufgebracht werden muß, und wo möglichst vorher, zusammenbringen.

Wenn wir noch in Betracht ziehen, daß ab 1. Januar 1914 zwischen 6—7 Millionen Neuversichernde der Krankenversicherung unterstellt werden, wenn wir ferner daran denken, daß durch die neue Reichsversicherungsordnung den Versicherten alljährlich 200—250 Millionen Mark mehr als bisher zufließen können, dann erst kommt uns zu vollem Bewußtsein, welche Wichtigkeit doch demnächst den Krankenkassenwahlen zukommen wird. Darum alle heran zur Mitarbeit, auch die, die da glauben, sich nur bei politischen Wahlen rühren zu müssen. Zu allererst kommt unsere Standesarbeit! Wir brauchen sowohl tüchtige Leute zur Durchführung der Wahlen wie auch in den verschiedensten Ehrenämtern der Sozialversicherung, ohne diese wäre die Selbstverwaltung derselben eine Farce.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 37. Monatsbeitrag für die Zeit vom 7. Aug. bis 13. September fällig ist.

Bestimmungen für die Mitglieder während der militärischen Dienstzeit.

Die zum Militär einrückenden Verbandsmitglieder machen wir auf folgende Bestimmungen aufmerksam: Bevor ein Mitglied seine Dienstzeit antritt, muß es sein Mitgliedsbuch bei der Ortsverwaltung abgeben. Diese hat es zur Aufbewahrung der Geschäftsstelle des Verbandes einzusenden.

Während und bei Beendigung der Dienstzeit erhalten diese Mitglieder die vom Verbandstage in Künstler beschlossene Militärunterstützung.

Vorbereitung für den Bezug der Militärunterstützung ist eine 26 wöchentliche Mitgliedschaft und die Entrichtung von 26 Wochenbeiträgen vor der Dienstzeit. Die Beiträge müssen bis zum Antritt der Dienstzeit entrichtet worden sein. Wer mit den Beiträgen im Rückstande ist, verliert die Unterstützung.

Die Unterstützung wird ausgezahlt im zweiten und dritten Dienstjahr am Weihnachtsfest, sowie nach beendigter Dienstzeit beim Wiederanmelden der Mitgliedschaft.

Die Auszahlung der Unterstützung während der Dienstzeit geschieht durch den Zentralvorstand. Damit die Zusendung der Unterstützung erfolgen kann, muß dem Zentralvorstand vor dem zweiten und dritten Weihnachtsfest von dem betreffenden Soldaten die Adresse mitgeteilt werden.

Nach beendigter Dienstzeit muß das Mitglied sein Buch vom Zentralvorstand zurückfordern. Mit der Rücksendung erfolgt dann gleichzeitig eine Anweisung auf Auszahlung der letzten Rate der Militärunterstützung. Auf Grund dieser Anweisung wird die Unterstützung von derjenigen Ortsverwaltung ausbezahlt, wo die Anmeldung innerhalb 6 Wochen nach beendigter Dienstzeit erfolgt. Ist keine Zahlstelle am Orte vorhanden, wird die Unterstützung vom Zentralvorstand zugesandt.

Im übrigen treten alle Mitglieder, die vor der Militärzeit ihre sämtlichen Beiträge entrichtet haben, nachher wieder in ihre alten Rechte ein, wenn die Anmeldung zum Verbandsinnerhalb 6 Wochen nach beendigter Dienstzeit erfolgt.

Die Dauer der Dienstzeit wird im Mitgliedsbuche durch einen Stempelabdruck in den Kartenfeldern bezeugt.

Die Kassierer der Zahlstellen werden darauf aufmerksam gemacht, daß den Reservisten eine besondere Anweisung zur Erhebung der Militärunterstützung zugeht. Der Betrag von 5 Mark ist dem Inhaber der Anweisung nur in dem Falle zu zahlen, wenn er auch sein Mitgliedsbuch vorlegt, seine Anmeldung in der Zahlstelle vollzieht und durch seinen Militärpaß nachweist, daß seine Entlassung vom Militär nicht länger als 6 Wochen zurückliegt.

Der Empfang des Geldes muß vom Bezugsberechtigten durch Namensunterschrift auf der Anweisung quittiert werden. Der ausgezahlte Betrag ist mit der Hauptkasse bei der Quartalsabrechnung zu verrechnen und der Unterstützungsbeklag mit den Abrechnungspapieren an die Geschäftsstelle des Verbandes einzusenden.

Die Inhaberskarten müssen die zum Militär einrückenden Kollegen vor ihrem Eintritt zum Umtausch bringen. Andernfalls erfolgt die Anwartschaft. Die Militärzeit wird bei der Inaktivversicherung in Abrechnung gebracht und ist nach dem Abgange vom Militär beim Wiederantritt der Karte unter Vorlegung des Passes ein diesbezgl. Vermerk in der Quittung zu verlangen.

Beitragssicherung. Der dieswöchentlichen Zeitungsabrechnung liegen Flugblätter zur Agitation für die Volksversicherung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften bei. Die Zahlstellen- und Ortsgruppenvorstände wollen für eine zweckentsprechende Verteilung der Flugblätter Sorge tragen.

Verlorene Mitgliedsbücher. Nr. 60 828, Georg Landwehr; Nr. 63 939, Bernhard Kähler. Die Bücher sind für ungültig erklärt.

Der Sammelbuchverkehr wurde bei der Hauptkasse vor einiger Zeit eingeführt. Die Vorteile desselben können nur dann voll ausgenutzt werden, wenn alle Geldsendungen, die die Hauptkasse zu machen hat, an einem Tage erledigt werden. Man wolle deshalb Geldsendungen für Streits usw. so bestellen, daß sie am Donnerstag jeder Woche von der Hauptkasse erledigt werden können.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Inzug ist fernzuhalten

Schreiner: Schweiler i. G., Geesemünde (Kallen). Ezerz. Bürsten- und Pinselmacher: Nürnberg. Sägewerkarbeiter: Cham i. Bayern. Wagenfahler: Bremen (Karosseriewerke, vorm. L. Gärtner, Aktien-Gesellschaft).

Vertragsabschluss im Gocher Schreinergerwerbe. Nach lang andauerndem Kampfe ist es nunmehr auch in Goch zum Friedensschlusse gekommen. Durch Herrn Bürgermeister Dreschers wurden nach Fühlungnahme mit den Parteien Verhandlungen eingeleitet, die denn auch durch beiderseitiges Entgegenkommen zum Ziele führten. Die bestehenden Löhne werden erhöht am 1. Januar 1914 um 1 Pfg., 1. April 1914 um 1 Pfg., 1. April 1915 um 1 Pfg. und 1. April 1916 um 2 Pfg.; die Arbeitszeit wird ab 1. April 1915 um eine Stunde wöchentlich verkürzt.

Der Durchschnittslohn erhöht sich der Lohnerböschung entsprechend. Zur Zeit befanden sich nur mehr einige Kollegen außer Arbeit am Orte; fast alle hatten auswärts Arbeit erhalten, hier sind sie nunmehr an die bestehende Kündigungsfrist gebunden. Die beiden Arbeitswilligen, welche seit einigen Wochen beim Meister R. ihre Gastrolle geben, haben bereits das Feld ihrer ruhmreichen Tätigkeit räumen müssen. Mögen unsere Kollegen, geschlossen wie bisher, so auch in Zukunft einmütig und treu zusammenhalten.

Die Münchener Schafflerbewegung kann infolge des Verhaltens des sozialdemokratischen Böttcherverbandes nicht zu Ende gebracht werden. Trotz aller Rechtfertigungsversuche bleibt die alleinige Schuld daran, daß hunderte von Arbeitern auf die notwendige Lohnerböschung verzichten müssen, an dem roten Verbandsführern hängen. Dabei ist nichts mehr verwunderlicher, als die Tatsache, daß die rot organisierten Schaffler alles so ruhig über sich ergehen lassen und scheinbar die vielen Enttäuschungen gar nicht merken. Wenigstens bis zur Herausgabe unseres Flugblattes war es so, daß man jede Fesse gegen unseren Verband und seine Führer ruhig und zufrieden hinnahm. Man glaubte den Führern sogar die Begründung, daß die Verzögerung des Tarifschlusses aus dem Grunde geschieht, weil die Zugeständnisse der Meister zu niedrig sind. Die wahre Ursache — den Ausschaltungsvorschlag unseres Verbandes — stellte man schamhaft als nebensächlich hin. Zuletzt kamen die Genossen zu dem Beschluß, die Erledigung der Bewegung auf einen günstigeren Zeitpunkt zu verschieben und nach Meinung einzelner Mitglieder sollte dieser Zeitpunkt erst im Februar März kommen. Eine derartige Bescheidenheit hätte man den sozialdemokratischen Schafflern früher nie zugemutet.

Der Düsseldorfer Spar- und Bauverein.

Jüngst wurde in einer Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle Düsseldorf ein Vortrag gehalten über „Wohnungspolitik und Wohnungsreform“. Der Redner, der dieses Thema behandelte, ließ seinen Vortrag dahin ausklingen, daß, wenn eine grundlegende Änderung in dem Wohnungswesen besonders für die minderbemittelten Schichten eintreten sollte, das Mittel der genossenschaftlichen Selbsthilfe ergriffen werden müsse. Ein solches ist der Düsseldorfer Spar- und Bauverein, der als Genossenschaft mit beschränkter Haftung bereits Einiges geleistet hat. Kollege Roal teilte in einer weiteren Beschreibung unserer Düsseldorfer Zahlstelle folgendes darüber mit:

In den neunziger Jahren setzte eine ziemlich umfangreiche Mietspreizerhöhung ein, außerdem war es damals schon äußerst schwer, eine Wohnung für eine Familie mit Kindern zu erhalten. Diese Umstände führten zur Erwägung der Gründung eines Spar- und Bauvereins. Herr Dr. Brandes kamelte auf einer Studienreise in England brauchbares Material. Schließlich wurde der heutige Spar- und Bauverein am 6. Mai 1896 mit sehr bescheidenen Mitteln gegründet. Ursprünglich kam derselbe nicht so recht vom Fleck. Besser ging es, als Scheinrat Rüttgen durch Schenkung eines Grundstücks im Werte von 30 000 Mark einen ansehnlichen Grundstock legte, auf dem tatkräftig weiter gearbeitet werden konnte. Auch die Stadt Düsseldorf zeigte ein lebhaftes Interesse für die Bestrebungen des Bauvereins durch die Vergabe von billigen Baulanden. Als die hauptsächlichste Geduldsprobe fungierte die Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz. Den Bestrebungen des Bauvereins entgegenstand bedauerlicherweise Schmierigkeiten, daß die Landesversicherungsanstalt Garantie der Stadt verlangte. Nach langen Verhandlungen wurde schließlich dem Bauverein die Übernahme des Grundstücks mit dem Baubau, das eine dem propädeutischen Zweck dienende Anzahl Wohnungen als Mieter aufgenommen werden. Fast ein Jahr lang führte man Verhandlungen mit der königlichen Landesversicherungsanstalt wegen Bewilligung von Bauplätzen. Diese Verhandlungen verliefen jedoch vergeblich, insofern der Verein in alle gefälligen Bedingungen einwilligend hatte, und auch eine ganze Anzahl Grundbesitzer als Mitglieder in seinen Reihen bestanden.

Der Spar- und Bauverein konnte sich durch die tatkräftige Unterstützung der genannten Behörden und ansehnlich der jetzt vorliegenden Stellung gut entwickeln. Heute besitzt derselbe in

16 verschiedenen Straßen 83 Häuser, die 658 Wohnungen anweisen. Außerdem befinden sich gegenwärtig 5 Häuser in 2 Straßen im Bau. Mit Fertigstellung dieser Bauten werden es also 88 Häuser mit 680 Wohnungen sein, die auf 23 Gruppen verteilt sind. Die gesamten Gebäude enthalten 360 Zwei-, 292 Drei- und 28 Vierzimmerwohnungen. Dazu gehören noch 461 Mansarden. Die Baugesellschaft leistete auch Vorbildliches in bezug auf die Ausführung moderner Bauten. Nicht minder ist die größte Sorgfalt auf die Inneneinrichtung gelegt worden. Die Wohnungen sind abgeschlossen, es befinden sich in diesen ein eigener Abort und schön angelegte Balkone. Auch haben alle Wohnungen eine besondere Epalküche. Um die Bewohner für die Ausschmückung der Fenster und Balkone mit Grün und Blumen anzuweisen, wurden Prämien hierfür ausgesetzt.

Die Verwaltung ist auf einer ziemlich breiten Grundlage angebaut. Der die Geschäfte der Genossenschaft leitende Vorstand besteht aus sechs, der Aufsichtsrat aus achtzehn Mitgliedern. Ferner ist eine Baukommission gebildet, welche die Pläne der Neubauten prüft, die Vergabe der Arbeiten einleitet und die notwendigen Reparaturen überwacht. Die Baukommission sorgt für die Kontrolle der Wohnungen. Ein eigenes Schlichtergericht besteht zur sachgemäßen Schlichtung von Streitigkeiten im Rahmen der Genossenschaft. Sind die Häuser fertig, dann werden sie vermietet und den Mietern zur Pflege übergeben. Die Vermietung erfolgt unter den Bewerbern durch das Los. Vier Wochen nach der Besetzung des neuen Hauses findet die Hausmeisterwahl statt. Dem Hausmeister obliegt die Aufsicht über das Haus.

Vor ungefähr 20 Jahren stiftete Landgerichtsrat Abers ein Kapital von 1 1/2 Millionen Mark zum Bau von Wohnungen für Minderbemittelte. Eine gute Entwicklung konnte die Sache schon deshalb nicht nehmen, weil die Arbeiter, für die das Kapital hauptsächlich gestiftet wurde, bei der ganzen Sache nichts zu sagen hatten. Die Gelder sind verbraucht worden, und in den Häusern wohnen meistens nur häßliche Beamte und Rentner. Wäre dieser Betrag dem Spar- und Bauverein zur Verfügung gestellt worden, dann hätte er von Anfang an ein Bedeutendes mehr leisten können. Obendrein hätte die leitende Faktoren kein besonderes Interesse an der weiteren Entwicklung dieser Stiftung.

Merkwürdig ist auch die Stadt Düsseldorf dazu übergegangen und hat im nördlichen Stadtteile mit einem Kostenanwende von 1700 000 Mark eine ganze Straße mit 88 Häusern erbauen lassen. In diesen Gebäuden befinden sich 129 Zwei- und 28 Vierzimmerwohnungen, also 277

Wohnungen mit 642 Wohnräumen, nebst 156 Mansarden und 5 Läden. Die Wohnungen sind ebenfalls für sich abgeschlossen. Von den Mietern sind 53 Prozent im Dienste der Stadt tätig. Für das hier Geschaffene waren die im Spar- und Bauverein gesammelten Erfahrungen vorbildlich. Zu erwähnen ist hierbei, daß der Bauverein bedeutend billiger baut als die Stadt. Der Durchschnittspreis beträgt in den neu erbauten Häusern der Stadt pro Zimmer 11,50 Mark, während bei der Genossenschaft der Durchschnittspreis des Zimmers sich auf ungefähr 10,40 Mark beläuft.

Wie aus den kurzen Ausführungen hervorgeht, hat der Spar- und Bauverein in seiner kurzen Tätigkeit Großes geleistet. Besonders ist dies Herrn Burberg zu danken, der bis vor wenigen Jahren den Verein selbstlos leitete. Vorstand und Aufsichtsrat haben tatkräftig mitgeholfen. Besonders treue Mitarbeiter sind ihm aus dem Handwerker- und Arbeiterstande erwachsen, die mit Sachkenntnis ihres Amtes walteten. Ein großes Stück sozialer Arbeit wurde da bewältigt. Einmal dadurch, daß die Genossenschaft für die minderbemittelten, kinderreichen Familien (in einem Falle sind in 8 Familien 42 Kinder festgestellt worden) ausreichende und gute Wohngelegenheit schuf. Das andere Mal hat auch der Gewerbetreibende einen Nutzen davon, denn die Gesetze zur Sicherung der Bauforderungen brauchten nicht in Anwendung zu kommen. Die Genossenschaft ist gut fundiert. Die Bilanz weist in Aktiva und Passiva die Summe von 1 051 253,38 Mk. auf. Trotzdem der Verein es nicht auf Erzielung eines großen Gewinnes abgesehen hat, konnte im Jahre 1912 ein Reingewinn von 30 880,— Mk. erzielt werden. Im Jahre vorher waren es 30 074,61 Mark.

Das Vertrauen, das die Mitglieder dem Spar- und Bauverein entgegenbringen, zeigt sich schon in den hohen Summen der Spareinlagen. 1911 wurden 36 405,20 Mk. eingezahlt und 26 424,41 Mk. erhoben. Das Sparguthaben der Mitglieder betrug am Schlusse des Jahres 1911 148 848,47 Mk. Am Schlusse des Jahres 1912 war die Mitgliederzahl 1480 mit einer Haftsumme von 778 200,— Mark.

Aufgabe der in der christlichen Gewerkschaftsbewegung stehenden Kollegen ist es, ein derartiges zum Wohle des arbeitenden Volkes geschaffenes Unternehmen nach Kräften zu unterstützen. Nur ein tatkräftiges, zielbewusstes Eingreifen, gepaart mit der nötigen Umsicht, kann auf dem Gebiete des Wohnungswesens helfen. Hoffen wir, daß sich aus unserer Reihen neue Mitarbeiter finden, die der Worte eingedenk sind: Vereinte Kraft Großes schafft!

In diese beschauliche Ruhe und scheinbare Zufriedenheit brachte ein von unserem Verband hinausgegebenes aufflarendes Flugblatt einen bedeutenden Umschwung. Nun erst haben die „Schäfflergenossen“ den wahren Sachverhalt erfahren und nun kam Feuer auf rote Verbandsbach. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn die verantwortlichen „Genossenschaftsführer“ alle die Ausdrücke über ihr Verhalten gehört hätten und wenn sie alles bekommen würden, was ihnen gewünscht wurde. Der Mühl und Dittmeyer erlebten schwere Tage, denn die Vertuschungspolitik war gründlich aufgedeckt und verbreitet. Da kam wieder der Zentralvorstand Winkelmann aus Bremen, der nebenbei bemerkt, bald Münchener Bürger werden kann wegen der häufigen Anwesenheit — und sollte die Fachgenossen vor der „Revolution“ bewahren. Dabei bekam er so manches Wort zu hören, daß ihm sicher nicht leicht aus dem Gedächtnis kommt. Doch schließlich gelang es ihm unter kräftiger Schimpferei auf uns, die Mitglieder einigermaßen zu beschwichtigen, indem sie verströft wurden, daß die Sache doch bald geregelt wird. Was der Herr Zentralvorstand auf unsere Feststellungen in der Versammlung und in seinem Organ zu erwidern mußte, ist wahrhaftig nicht wert, näher betrachtet zu werden. So schwach und windig ist noch selten eine Rechtfertigung ausgefallen.

Nun mußten die Herrschaften auch endlich Farbe bekennen und sie taten dies reumütig. Nachdem verschiedene Trübsal, die Arbeitgeber zu fangen, fehlgeschlagen sind, unterbreitete man denselben einen neuformulierten Vertrag der sich bescheiden mit fast allen dem zufrieden gab was die Arbeitgeber von Anfang an geboten haben. Damit wurde die Lüge, als ob es an dem materiellen Inhalt des Vertrages läge, wenn eine Einigung nicht zustande kommt und des weiteren die Behauptung, als ob unser Verband mit allem zufrieden wäre was die Arbeitgeber boten, gründlich gestrichelt.

Auf die Vorlage antworteten die Arbeitgeber, nachdem der Böttcherverband mit Sehnsucht 3 Wochen auf Antwort warten mußte in dem Sinne, daß sie zum Vertragsabschluss jederzeit bereit sind, doch müssen die Verhandlungen gemeinsam mit dem christlichen Verband geführt werden. Daraufhin mußten die Genossen nichts besseres zu tun, als in einem Betrieb (Firma Dorn), wo sie alle Kollegen im Verband hatten, in Streik zu treten. 11 Schäffler des Betriebes machten den Kampf gegen unsere Organisation nicht mit und sowie in dem einen Betrieb wird es auch in dem andern gehen, wobei es nicht ausbleiben kann, daß der sozialdemokratische Böttcherverband seine bisherige Blamaze nur noch vergrößert und die Interessen seiner Mitglieder empfindlich schädigt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Weiden (Oberpfalz). Endlich ist es auch hier wieder gelungen, eine Zahlstelle unseres Verbandes zu gründen. Durch den Uebertritt einiger Kollegen, die noch im christlichen Bauarbeiterverband organisiert waren, war der Stamm für eine neue Zahlstelle gegeben. Durch fleißige Agitation gelang es, die Reihen zu stärken. So konnte schon sofort für die Säger auf dem Sägewerk Wiesmath eine ansehnliche Verbesserung der Lohnverhältnisse erzielt werden. Durch Vorstelligwerden des Bezirksleiters und der Lohnkommission wurde eine Lohnaufbesserung von sofort 4 Pfennig pro Stunde erzielt. Das macht einen Mehrverdienst von 2,40 Mark pro Woche. Mit dem Erfolg waren die Kollegen zufrieden. Gleichzeitig war aber der Beweis erbracht, daß das nicht zutrifft, was die Unorganisierten immer behaupten, nämlich, die Organisation habe für die Weidenen Holzarbeiter keinen Wert. Besonders bei den Schreibern tut's not. Gehört Weiden doch zu den Orten der Oberpfalz, wo die Schreiner am schlechtesten bezahlt sind. Verschiedene Kollegen haben es eingesehen und sich organisiert. Hoffentlich folgen die anderen auch bald, damit wir in Weiden im ganzen Gewerbe geregelte Verhältnisse bekommen.

Hamburg. Um die Kollegenschaft mit den Grundbegriffen der Wirtschaftspolitik vertraut zu machen, haben wir Herrn Professor Dr. Krautwein zu einigen Vorträgen gewonnen. Im ersten dieser Vorträge, der in unserer Mitgliederversammlung vom 16. August gehalten wurde, behandelte Herr Professor Dr. Krautwein die „Theorie des Freihandels“. Die sehr lehrreichen Ausführungen des Redners finden ihre Fortsetzung in einem Vortrage über das System des Schutzes. Wir bitten unsere Mitglieder schon heute, diesem Vortrage beizumohnen. Es dürfte ihnen höchst selten Gelegenheit geboten sein, sich über die genannten Fragen in so gediegener Weise zu unterrichten. — Der Zahlstellenvorstand erwartet auch bei jeder Versammlung einen guten Besuch. Insbesondere werden die Kollegen gebeten, sich zur nächsten Versammlung, die am 20. September stattfindet, vollständig einzufinden.

Baderich. Nach langer Mühe ist es gelungen, auch in unserem kleinen Orte eine Ortsgruppe unseres Verbandes zu gründen. Zwar sind nur wenige Kollegen am Orte beschäftigt, vielmehr arbeiten dieselben zum größten Teile im nahen Düsseldorf, welcher Zahlstelle wir uns am Anfang angeschlossen. In der letzten Versammlung, die am vergangenen Sonntag stattfand, referierte Kollege Heinrich über die Volksversicherung. Ohne Zweifel dürfte da mancher sein, der für die Volksversicherung zu gewinnen wäre, besonders von den kleinen Landwirten und dergleichen. — Die Bedienung der einzelnen Kollegen gestaltet sich etwas schwierig, da dieselben recht weit auseinander wohnen. Es werden sich in Zukunft zwei Kollegen in die Arbeit teilen. Nur mutig vorwärts!

Siegen. Eine sehr anregend verlaufene Versammlung hielt unsere Zahlstelle am Dienstag, den 19. August ab. Kollege Schopohl-Breslau hielt uns einen Vortrag über: „Die gewerkschaftliche Entwicklung in Deutschland“. Seine Ausführungen wurden mit reichem Beifall belohnt. Eine Aussprache schloß sich dem Vortrag an. Im übrigen Teil der Versammlung wurde die Krankenkassenwahl besprochen und bekanntgegeben, daß die nächste Kreisversammlung am Sonnabend den 13. September stattfindet, in der Kollege Geyer-Rosel (D-Schl.) sprechen wird. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Müller, noch zu eifriger Werbearbeit aufgetrieben wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Mühlbors. Unsere Zahlstelle entwickelt sich langsam, aber stetig vorwärts. Das halbe Hundert der Mitglieder haben wir bereits überschritten und wollen hoffen, daß die erfreuliche Zunahme so weiter anhält. Mühlbors weist eine verhältnismäßig hohe Möbelindustrie auf. Die Möbelfabrik Ludwig Geiger (früher

Kempf und Geiger) ist in diesem Jahre von der Weichholz-Möbel-fabrikation auf feurnierte Möbel übergegangen, wobei ein großer Wechsel und auch eine Vermehrung der Arbeiterzahl stattgefunden hat. Neben letzterem Betriebe besteht noch die Möbelfabrik Hubensperger, in der ebenfalls feurnierte Schlafzimmer verfertigt werden. In beiden Betrieben sind die Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt. Zu wünschen wäre nur, daß sich mehr Verbandsmitglieder als bisher hier einfinden würden, besonders solche, welche auf Möbel eingearbeitet sind. Mit der gegnerischen Organisation kommen wir im allgemeinen gut aus. Nur vor einiger Zeit begingen einige der radikalsten Holzgenossen eine große Dummheit, deren Folgen sie allerdings selbst zu tragen haben. Und das kam so: Eines unser Mitglieder wurde zum Werkmeister befördert. Das paßte einigen „Genossen“ nicht, weil, wie sie angeblich, mit dem Werkmeister nicht auszukommen wäre. Der Kollege hat einmal in München den Noten gründlich Bescheid gesagt und das wurmte sie derart, daß sie nun beschloßen, beim Herrn Geiger vorstellig zu werden um die Beförderung des Kollegen Sp. zu hintertreiben. In aller Form wurde von der Firma verlangt, Sp. dürfe nicht Werkmeister werden, lieber solle einer von auswärts genommen werden. Herr Geiger erklärte den „Genossen“, nachdem er sich mit Sp. besprochen, daß der Werkmeister nur 4 Wochen seine Funktion ausüben solle und wenn er sich in der Zeit nicht bewähre, würde er wieder zur Gehobenan gehen. Damit gab sich die Kommission zufrieden, doch nur einen Augenblick. Als die Mitglieder der Kommission zurückkehrten wurde von einem Teil der Noten geschimpft und die Sache soweit getrieben, daß sich einige der Unentwegten sogar zur Kündigung hinreißten ließen. Das war allerdings nur ein Teil, der andere Teil war klug oder tapfer genug sich im entscheidenden Moment zu bräuen. Keun Mann haben gekündigt und diese neun Mann mußten trotz Fürsprache des Gauleiters kläglich den Betrieb auch verlassen. Daraufhin gab es gegenseitig Vorwürfe, aber die Einsicht eine Dummheit gemacht zu haben kam zu spät. Sp. ist Werkmeister trotz alledem.

Gschweiler. Unsere Stadt war am 1. September Zeuge einer überaus machtvollen und begeisterten Kundgebung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Die christlichen Gewerkschaften und die katholischen Arbeitervereine des Industriebezirks des Regierungsbezirks Tübingen veranstalteten unter zahlreicher Beteiligung der benachbarten Vereine einen christlich-nationalen Arbeitertag, der eine Musterung der Stärke und Kundgebung des Willens der christlichen Gewerkschaften sein sollte. Zugleich sollte die christliche Arbeiterschaft der Deffinitivität kund tun, daß ihre Bestrebungen getragen sind von echt christlich-nationaler Ehre, und daß dieser Geist ihr Ziel und Richtschnur ist in der geistigen, wirtschaftlichen und kulturellen Hebung des Arbeiterstandes. Schon vor 2 Uhr jogen die Vereine zur Aufstellung des Festzuges nach der Burghöcker- und Burgstraße. Gegen 3 Uhr, als der hiesiger Arbeiterverein im Sonderzug eingetroffen war, konnte sich der Zug in Bewegung setzen. Eine Gruppe Radfahrer bildete die Spitze. Als erste der sechs Gruppen folgten die Frauen und Mädchen in gewaltiger Zahl. Weiter bestand der Zug noch aus fünf Hauptgruppen in folgender Reihenfolge: gemischte Berufe, Bergarbeiter, Metallarbeiter, Textilarbeiter, Turner und Sänger. Jede Gruppe zerfiel in zahlreiche Unterabteilungen. Der Festzug vollzog sich in musterhafter Ordnung, trotz der 8-1000 Teilnehmer. Am stärksten war die Gruppe der Metallarbeiter mit über 1200 Mann vertreten. Durch das Regenwetter mußten manche Programmänderungen vorgenommen werden. Auf der Wiese sollte ein großes Wissenfest stattfinden. Vier Rednertribünen waren errichtet, und von hier aus sollten vier Redner zu gleicher Zeit zu den einzelnen Gruppen über verschiedene Fragen sprechen. Wohl war ein Riesenzelt errichtet, das gegen 1000 Personen faßte; allein für die veränderte Lage reichte es nicht hin. Herr Dr. Sonnenschein bestieg trotz des Regens die Rednertribüne im Freien, um über die Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung im öffentlichen Leben zu sprechen. Gewerkschaftssekretär Karl Schmitz rebete ebenfalls draußen und zwar über die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. In dem Zelte hielt Gewerkschaftssekretär Michel (Stolberg) zunächst eine Begrüßungsansprache. Dann sprach Fräulein Franziska Harder (Düsseldorf) über die Stellung der Frau in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Dr. Nieder (R. Gladbach) sprach über die christlich-nationale Arbeiterbewegung und Kultur. Gewerkschaftssekretär Michel dankte dem Redner und hat, die Ideale der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hoch zu halten; ihr widmete er auch ein brausend aufgenommenes Hoch. Der Arbeitertag nahm in jeder Hinsicht einen glanzvollen Verlauf. Seinen Zweck, die Arbeiter für ihre Ideale neu zu begeistern, hat er in jeder Hinsicht erfüllt. Zugleich aber hat er alle Freunde und Gegner in der Ueberzeugung bestärken müssen, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung in unserem Bezirk festen Fuß gefaßt hat und ein Faktor ist, mit dem alle Interessenten zu rechnen haben.

Gewerkschaftliches.

Der Zentralverband christlicher Maler Deutschlands hielt in den Tagen vom 31. Aug. bis 3. Sept. in Köln a. Rh. seine 6. ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß der Verband seit 1910 seine Mitgliederzahl um 1169 steigerte und im Kassenswesen gute Fortschritte gemacht hat. Er vereinnahmte an Mitgliederbeiträgen in den letzten drei Jahren 215700 Mk., das sind um 48300 Mk. mehr, als in den vorangegangenen 6 Jahren. Die Gesamteinnahme betrug 290586 Mk. Das Vermögen ist trotz der hohen Ausgaben von 27000 Mk. auf 40400 Mk. gestiegen. Für Kranken-, Reise-, Militär-, Arbeitslosenunterstützung, Sterbegeld usw. wurden rund 20000 Mk. ausbezahlt, während die zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen geführten Kämpfe weit über 100000 Mk. Ausgaben erforderten. Die Erfolge waren erhebliche. Die gegenwärtige Lage der Tarifbewegung schilderte der Verbandsvorsitzende; es gelangte dazu eine Entschlieung zur Annahme, in der es heißt: Der Verband steht auf dem Boden des Reichsttarifs und erstrebt dessen Ausbau. Auf seine allgemeine Ein- und Durchführung — besonders in Westdeutschland — soll mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln hingewirkt werden. Die nachgiebige Haltung des Arbeitgeberhauptverbandes gegen seinen tarifkrühigen Gau Rheinland-Bestfalen und die von ihm bewirkte Verzögerung der Haupttarifamtssitzung wird bedauert. Die Vorgänge bei der Tarifbewegung hätten die Notwendigkeit eines Reichseinigungsamtes erwiesen, weshalb auf dessen Errichtung mit Nachdruck hingewirkt werden soll.

Der Verbandsrat beschäftigte sich sodann mit einer durchgreifenden Uebersetzung seiner Satzungen. Die Unterstufungen erfuhren eine Erhöhung und Erweiterung unter anderm durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Die dadurch bedingte Beitragserhöhung wurde einstimmig gutgeheißen.

Ueber den Arbeiterschutz im Malergewerbe wurde ein Referat erstattet und gelangten folgende Forderungen zum Beschluß: Anstellung von Gewerbeinspektions-Assistenten und Baukontrolleuren aus dem Arbeiterstande. Ausdehnung der Giftdruckvorschriften auf alle Bleibetriebe. Verbot der Bleifarben bei Innenarbeiten. Deklarationspflicht für Giftdruck. Einsetzung einer sachmännischen Kommission durch das Reich zur Nachweisung von brauchbaren Bleifarben. Gesundheitschädliche Bindemittel sollen verboten oder ihre Verwendung wenigstens stark eingeschränkt werden. Die Reminera der mannigfaltigen Berufsgefahren ist durch Herausgabe eines Giftdruckblattes anstelle des bisherigen Bleimerkblattes zu fördern. Die Verbreitung und sozialwirtschaftliche Tragweite der gewerblichen Vergiftungen soll durch Einführung der ärztlichen Meldepflicht für alle verdächtigen Erkrankungen statistisch festgestellt werden; als Ausgangspunkt hierfür wird die Einführung zweckmäßiger Kranken-Meldebücher bei den Krankenkassen auf Grund des § 343 der Reichsversicherungsordnung vorgeschlagen. Der § 547 der Reichsversicherungsordnung betreffend Gleichstellung von gewerblichen Erkrankungsfolgen mit den Unfallsfolgen möge bald in Geltung gesetzt werden.

Das mit dem christlichen Malerverband der Schweiz schon bestandene Kartellverhältnis wird auf die in Betracht kommenden Bruderorganisationen von Holland, Belgien und Westreich ausgedehnt, was den reisenden Verbandsmitgliedern wesentliche Erleichterungen verschafft. Das Verhältnis zur „Gesellschaft für soziale Reform“ und zu den Bestrebungen der Bodentreformer erfuhren eine Regelung durch korporativen Anschluß des Verbandes. Zum Verbandsvorsitzenden wurde Brauer-Düsseldorf einstimmig wiedergewählt.

Die Organisation im badischen Holzgewerbe. Im statistischen Jahrbuch für das Großherzogtum Baden 1913, finden sich auch einige Zahlen über die holzgewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände. Zunächst solche über die Stärke der Arbeitgeberorganisationen im Lande. Ende 1911 (neuere Erhebungen fanden nicht statt) zählte der Verband selbständiger Schreiner und verwandter Berufe im Großherzogtum Baden, Sitz Mannheim, 430 Mitglieder. Der Südwestdeutsche Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe, bekanntlich ein Unterverband des Arbeiterschutzbundes für das deutsche Holzgewerbe, Sitz Berlin, hat sich in Baden von 90 Mitgliedern im Jahre 1908 auf 44 Mitglieder im Jahre 1911 zurückentwickelt. Der Verband der Uhrenindustrie des Schwarzwaldes, Sitz Rottweil, zählt in Baden 37 Mitglieder; der Verein badischer Musikwerke-Fabrikanten, Sitz Freiburg, 11 Mitglieder. Die Arbeiterorganisationen zählten im badischen Holzgewerbe im Jahre 1911 insgesamt 5042 Mitglieder, darunter 13 weibliche. 7 weibliche Mitglieder zählten die sozialdemokratischen Holzarbeiterorganisationen, 6 unser Zentralverband christlicher Holzarbeiter. Sozialdemokratisch organisiert waren 4148 Holzarbeiter, Hirsch-Dunderich 73 und christlich 821.

Quasch. In die Erörterungen des Meher Katholikentages über die Gewerkschaftsfrage knüpft die Hirsch-Dunderich „Eiche“ die Bemerkung, daß Fürst Löwenstein festgestellt habe, die christlichen Gewerkschaften wären nicht mehr selbstständig. Ferner sei festgestellt, daß auch der Weg der protestantischen Arbeiter, die in den christlichen Gewerkschaften organisiert sind, nach Rom führe. Es sei gut, daß der Meher Katholikentag Klarheit gebracht habe. — Die ganze Bemerkung ist Quasch. Das man in Hirsch-Dunderich Gewerkschaftskreisen nicht stark fernbegierig ist, ergibt sich aus der Geschichte ihrer Bewegung. So kann es dann auch nicht wunder nehmen, wenn man dortselbst immer noch nicht begriffen hat, daß den christlichen Gewerkschaften niemand zugebieten hat, wie sie selbst. Die höchste Instanz für ihr Tun und Lassen ist lediglich die Generalversammlung des einzelnen Verbandes.

Schwarzige Wäpse. Kürzlich wurde in Düsseldorf der Kassierer der anarcho-sozialistischen Gewerkschaft Bannenberg wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Das rote Blatt in Düsseldorf hatte nichts eiligeres zu tun, als die Verurteilung des Halbbruders lang und breit zu schildern, was den Horn der Anarcho-Sozialisten mächtig erregte. Sie ließen ein Flugblatt verteilen, das gründlich mit den Düsseldorf „Genossen“ abrechnet. Der Lokalbeamte stellt des Fabrikarbeiterverbandes habe 1200 Mark unterschlagen. Prämie: Sechs Monate Gefängnis. Der Kassierer L. des Metallarbeiterverbandes kam wegen Unterschlagung neun Monate in die „Kiste“. Der Kassierer des Maurerverbandes brannte beim letzten Streik der Bauarbeiter in Gersheim mit 1000 Mark Streikgeldern durch. Verurteilt wegen Veruntreuungen wurde der Ortsbeamte Paul Sch. vom Holzarbeiterverband. Ein langjähriges Parteimitglied, das noch heute in der Partei eine große Rolle spielt, der Schuhmacher G. P., habe verschiedentlich Parteigelder unterschlagen, ohne daß man gegen ihn vorgegangen sei. Dem Kassierer D. des Holzarbeiterverbandes fehlten einmal 150 und einmal 400 Mark. Die rote „Volkszeitung“ habe die Sache totgeschwiegen. Beim letzten Streik der Holzarbeiter in Düsseldorf wurden die drei Mitglieder der Streikleitung S., D. und R. beschuldigt, Streikgelder für sich verwannt zu haben. Der Modellschreiner Schmitz, der jetzige Leiter des roten Konsumvereins, habe damals seinen Kollegen geraten, über die Angelegenheit zu schweigen. Heute sei einer der beschuldigten Gewerkschaftssekretäre. Der langjährige Leiter des roten Konsumvereins, der Schreiner P. J., habe sich gegenüber weiblichen Angehörigen fittliche Verfehlungen zuschulden kommen lassen. Er sei dieserhalb bestraft worden. Unter dem Orange der öffentlichen Meinung sei er seines Postens enthoben worden. Der Konsumverein habe dem Mann

aber Gelegenheit gegeben, sich finanziell derart hochzuarbeiten, daß er sich eine Wirtschaft habe kaufen können. Dann habe er aber eingesehen, daß im Konsumverein mehr zu verdienen gewesen sei. Die Wirtschaft wurde verpachtet und durch den Einfluß seiner Freunde erhielt er Stellung im Konsumverein zu M. in Esch. Ueber all diese Vorgänge habe die Düsseldorf rote „Volkszeitung“ entweder garnicht oder nur sehr unvollkommen berichtet. Das Flugblatt verweist dann noch auf eine Reihe von Veruntreuungen zc. sozialdemokratischer Funktionäre in der Nachbarschaft von Düsseldorf. In Duisburg unterschlug der Holzgenosse S. 4460 Mark, in Essen der Kartellkassierer Wohlfarth etwa 11 000 Mark. In Dortmund machte der sozialdemokratische Reichstagskandidat B., Geschäftsführer an der dortigen Arbeiterzeitung 1000 Mark, die ihm nicht gehörten, Klein. Der Mann habe sich gar eine Waitresse gehalten. In Elberfeld-Barmen saßen noch zwei sozialdemokratische Gewerkschaftsbeamte in Amt und Würden, die sich sittlicher Verfehlungen schuldig gemacht hätten. Unterschlagungen seien in jüngster Zeit in Barmen bei den sozialdemokratischen Textilarbeitern durch die Genossen Sch. und B. festgestellt. Die Düsseldorf rote „Volkszeitung“ berichte darüber nichts. Ebenso berichte sie nichts über einen seit Jahren in Krefeld tätigen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten, der fünfmal wegen Mißhandlung, zweimal wegen Unterschlagung und einmal wegen Betrug bestraft sei, der aber trotzdem in der sozialdemokratischen Bewegung noch eine große Rolle spiele. Zuguterletzt wird die rote „Volkszeitung“ dann noch ermahnt, lieber den Hauptverdächtigen der sozialdemokratischen Gewerkschaften auf die Finger zu klopfen, „die die streikenden Werftarbeiter an die Unternehmer verraten und das Streikverbot, sowie die Unterstützung verweigert hätten im Interesse der millionenreichen Besitzler“. Auch da sei Kritik angebracht, wenn der sozialdemokratische Düsseldorf Konsumverein seine Mitglieder mit boykottiertem Mehl der Firma Plegge füttere und sozialdemokratische Gewerkschaftsbeamte bei Streiks der Lokalführer Streikbrecher und Lohnbrüder lieferten. — Das Flugblatt kam sich auch die Göttinger sozialdemokratische „Freie Volkszeitung“ zur Notiz nehmen, die anlässlich des Falles Cigarette allerhand polizeiwidrigen Unsinns gegen die Christlichen produzierte. Dieses Blatt meldete jüngst (26. August):

„Es ist noch nicht lange her, unterschlug der Geschäftsführer des christlichen Textilarbeiterverbandes zu Aachen 3000 Mark. Der christliche Metallarbeiterverband sagte drei Angestellte zum Tausend. Der Sekretär des katholischen Gewerkschaftsbüros zu Augsburg hat 2500 Mark, ein Arbeitersekretär dort 2000 Mark unterschlagen. Der Kassierer des christlichen Bauarbeiterverbandes in Aachen ließ 1200 Mark, der christliche Buchbinder Müller in Köln 1800 Mark verschwinden usw. usw.“

Daß auch in unserem Kreise Fälle von Unterschlagungen vorkommen können, soll gar nicht bestritten werden. Was aber die Göttinger „Freie Volkszeitung“ erzählt, ist bis auf den einen Fall in Köln, der sich vor über acht Jahren ereignete, erfunden und erlogen. Wenn man zu solchen Mitteln der Lüge greifen muß, um die Veruntreuungen im eigenen Lager zu bewandeln, so ist das ein Zeichen moralischer Verkommenheit.

Föderation des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes durch den Königlich Preussischen Geheimen Kommerzienrat Bürgenstein. Der Gutenbergbund hat bekanntlich bisher mit seinen Anträgen auf volle Gleichberechtigung mit dem sozialdemokratischen Bund, bei dem Tariffamt der Deutschen Buchdrucker, wenig Entgegenkommen gefunden. Es ist längst ein offenes Geheimnis, daß manches anders gekommen wäre, wenn nicht Herr Kommerzienrat Bürgenstein, der Vorsitzende des Tariffamtes, den „Genossen“ treu und brav die Stange gehalten hätte. Ein Geheimprotokoll der Tarifanschussung vom Jahre 1907, das ursprünglich kürzlich im „Typograph“ veröffentlicht wurde, erbringt dafür Beweise. Nach diesem Protokoll sagte Herr Geh. Kommerzienrat Bürgenstein u. a., daß der Tarifanschuss gegen den Verband „so schonend wie möglich gewesen ist“. Meinerseits geschieht wahrhaftig alles, um den Verbandsfunktionären die Arbeit zu erleichtern“, fügte er bekräftigend hinzu und bemerkte noch: „Wenn Sie einen anderen Vorsitzenden im Tariffamt haben, dürfte dies aber für die Gehilfen-(Beidungs-)Vertreter nicht so günstig sein.“ Und an einer anderen Stelle wiederholte der Herr Kommerzienrat: „Ich möchte von dieser Stelle aus doch einmal erklären, daß ich bisher keinem Verbandsfunktionär die Arbeit schwer gemacht habe. . . . Ich mag im Prinzipiallager hieron nicht

sprechen, denn wenn das draußen bekannt wird, dann lenne ich die Wirkung einer solchen Mitteilung“. Man war sich auch damals schon über den sozialdemokratischen Charakter des Verbandes klar. Herr Kommerzienrat Bürgenstein führte selbst einige Neutralitätsverträge an und mit lächelnder Miene fügte er hinzu: „Glauben Sie doch nicht, daß ich der Meinung bin, daß Sie nicht sozialdemokratisch wählen. Ich verstehe das!“ Aber noch weiter: „Ich habe geglaubt, daß der Gutenberg-Bund sich melden werde. Wir sollten uns überlegen, ob es nicht möglich ist, den Leuten das Wasser abzugraben. . . . Wir haben beiderseits ein Interesse an starken Organisationen“. Und damit gar keine Unklarheit bestehen bleibt, setzte der Herr Vorsitzende hinzu: daß ich auch für den Gutenberg-Bund, den ich nun schon einmal negieren will, keinerlei Sympathien habe, daß glaube ich in den verflochtenen 10 Jahren bewiesen zu haben.“ Und weiter sagte der Herr Geh. Kommerzienrat: „Wenn das in der Öffentlichkeit bekannt würde, dann gäbe man für unsere Tarifgemeinschaft keinen Pfifferling mehr. Wir hätten draußen unsere Achtung verloren.“

Mit diesen Aeußerungen ist der Beweis erbracht, daß Herr Bürgenstein sowohl als das Tariffamt, den sozialdemokratischen Buchdruckerverband gefördert haben und bestrebt waren, dem Gutenberg-Bund „das Wasser abzugraben“, d. h., ihn kaputt zu machen. — Zu bemerken ist dazu noch, daß Herr Bürgenstein nicht nur Geh. Kommerzienrat ist, sondern sich auch im Besitze einer Auszeichnung des Papstes befindet. Als evangelischer Mann ist er hervorragend beteiligt an der Allgemeinen Verlagsgesellschaft, die fast ausschließlich katholische Literaturerzeugnisse auf den Büchermarkt wirft. Im engen Zusammenhang mit der Allgemeinen Verlagsgesellschaft steht die St. Gregoriusbuchhandlung in Köln. Während Herr Bürgenstein einerseits auf die materielle Unterstützung seiner Verlagsgesellschaften durch einen erheblichen Teil der christlich gesinnten Bevölkerung rechnet, erlaubt er sich andererseits die gekennzeichnete Bekämpfung der christlichen und die Förderung der sozialdemokratischen Buchdruckerorganisation.

Eine abgetane rote Lüge. Als der christliche Fabrikarbeiterverband mit der Agitation im Bechelbronner Petroleumgebiet (Esch) einsetzte, behaupteten die „Genossen“ aus recht durchsichtigen Gründen, der christliche Bezirksleiter Kühn sei im Auto eines Betriebsdirektors herumgefahren. Es stellte sich heraus, daß der Urheber dieser Lüge der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär Ziegler aus Strassburg war. Vor Gericht gezogen, ergab sich am 27. August d. J. folgendes: „Der Angeklagte Ziegler erklärt, daß er die in der Privatklage ihm zur Last gelegten Behauptungen: Privatkläger habe sich gelegentlich der Lohnbewegung 1907 im Petroleumgebiet Bechelbronn von einem Fabrikdirektor im Automobil fahren und zum Schaden der Arbeiter beeinflussen lassen, soweit er sie gemacht haben sollte, nicht aufrecht erhält. Der Angeklagte übernimmt die Kosten.“

Soziale Rundschau.

Krankentafelwahlen. Die bedeutsamste Krankentafelwahlenwahl der letzten Tage fand wohl in Köln statt. Hier versammelten sich 14 Ortskrankentafeln und 8 Betriebskrankentafeln der Aufzählung. Die Mitglieder dieser Tafeln, sowie die ab 1. Januar n. J. neuversicherten Personen werden der neu zu bildenden Allgemeinen Ortskrankentafel für den Stadtbezirk Köln zugeführt. Diese Tafel wird mit über 100 000 Versicherten ins Leben treten. Neben ihr bleiben nur noch bestanden die Ortskrankentafel für Handwerker (Bauhandwerker) und die Ortskrankentafel für die in Fabriken beschäftigten Personen. Von den eingehenden Krankentafeln befanden sich alle bis auf eine, in der die christlichen Arbeiter einige Vertreter hatten, vollständig im Besitze der „Genossen“. Die Wahlausichten der christlichen Arbeiter erschienen insofern nicht allzu günstig. Es mag hierbei daran erinnert werden, daß bei der letzten Gewerbegebietwahl über zweidrittel aller abgegebenen Stimmen auf die rote Liste fielen. Bei der am 2. und 3. Sept. stattgefundenen Ausschuswahl wurden insgesamt auf Arbeitersseite 13 001 Stimmen abgegeben. Es entfielen 6252 Stimmen auf die christliche und 6752 Stimmen auf die rote Liste. Von der christlichen Liste sind 19, von der sozialdemokratischen Liste 21 Ausschusmitglieder gewählt. Bei der demnächst zu tätigen Vorstandswahl werden sowohl 5 christliche als 5 sozialdemokratische Vertreter gewählt werden. Bemerkenswert ist, daß in der Alt- und Neustadt Köln, sowie in den Vororten Deutz, Beyenrath und Lindenthal, die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf die christliche Liste

fielen. Daß die „Genossen“ die geringe Mehrheit von 500 Stimmen erhielten, ist lediglich auf den Umstand zurückzuführen, daß in dem industriellen Vorort Kall einige größere Betriebe geschlossen für die sozial. Liste wählten. Das Gesamtergebnis ist ein höchst erfreuliches. Selbst die stärksten Optimisten in unseren Reihen dürften ein derartiges Ergebnis nicht erwartet haben. Zweifellos wäre das Resultat für die christlichen Arbeiter noch besser gewesen, wenn die Kölner bürgerliche Presse im Wahlkampf immer eine kräftige Sprache geführt hätte. Die „Genossen“ hatten noch manches auf dem Kerbholz, das den Wählern hätte vor Augen geführt werden müssen. Die ewige Rücksichtnahme auf überempfindliche Epheebürger, mit denen sich keine Wahlgeschichten schlagen lassen, rächt sich in Köln bei allen Wahlen. Nirgendwo ist die Wahlschuld wohl größer wie hier. Ein Nachteil für die christlichen Arbeiter war auch, daß das Versicherungsamt die Aufzeichnung der Wähler im Wahllokal nicht duldet. Wäre dieses gestaltet gewesen, so konnten bei der besseren Uebersicht mit Leichtigkeit noch einige hundert Wähler herangeholt werden. Die Wahlnahme des Versicherungsamtes kam nur den „Genossen“ zugute, deren Wähler auch ohne besondere Mahnung zur Wahl erschienen. Berücksichtigt man weiter, das die Vorarbeiten zur Wahl nur von verhältnismäßig wenigen Betrieben wurden, so ist der Erfolg trotz allem für uns ein sehr befriedigender. Die Anspornung aller Kräfte, eine kraftvolle Mitwirkung der Kölner bürgerlichen Presse können bei der nächsten Krankentafelwahlenwahl der christlichen Arbeiter die Mehrheit sichern. — Gut schnitten die christlichen Arbeiter ebenfalls bei der Krankentafelwahlenwahl in Coblenz ab. Ihre Liste erhielt 522 Stimmen und 20 Ausschusmitglieder, die vereinigte Liste der sozialdemokratischen und kirchlichen Gewerkschaften brachte es auf 268 Stimmen und 10 Vertreter. — Bei der neuzubildenden Ortskrankentafel der Bürgermeisterei Duisdorf (Landkreis Bonn) erhielt die christliche Liste 101, die sozialdemokratische 40 Stimmen oder 15 bzw. 5 Vertreter. Bei der Ortskrankentafelwahlenwahl in Breslau erhielt unsere Liste 1029 Stimmen und 18 Vertreter, die sozialdemokratische Liste 1252 Stimmen und 22 Vertreter. Das ist für uns ein großer Erfolg, der die Kollegen an den Orten mit roten Mehrheiten zu besonders eifriger Arbeit anspornen sollte.

Friedensfreund Carnegie. Im Haag, der holländischen Residenz, ist ein Palast erbaut worden, der dem Völkerfrieden und der Abwendung des Krieges dienen soll. Der Geringer des Kapitals ist kein anderer, als der amerikanische Milliardär Carnegie. Diesem Friedensfürsten widmet Karl Eugen Schmidt im „Tag“ folgende Erinnerung:

„So oft ich von einer neuen Kathedrale des Friedensfürsten Carnegie lese, erinnere ich mich, wie ich vor 25 Jahren nach den Vereinigten Staaten kam und zum ersten Male den Namen Carnegie las und hörte. Damals war ein Streik in Homestead, wobei es für europäische Zuschauer sehr seltsam zugeht. Die Besitzer der Fabrik in Homestead hatten das Direktoriatsgebäude in eine Festung verwandelt, die Streiker stürmten sie und führten die dabei eroberten Kanonen samt aller Munition hinweg in ihr Lager, das heißt in die Arbeiterstadt, die von den Fabrikherren erbaut worden war. Dann sandten die Fabrikherren tausend oder mehr sogenannte Pinkertons, die man in Chicago und New York angeworben und bis an die Zähne bewaffnet hatte. Diese Armeschwamm in mehreren Frachtkähnen, geschleppt von einem Dampfer, auf dem Kanal nach Homestead. Sie hatten Kanonen an Bord und schossen auf die Streiker, und diese erwiderten das Feuer mit ihren in der Burg eroberten Geschützen. Endlich wurden die Pinkertons besiegt, weil die Streiker einige große Petroleumtanks einschlugen, ihren Inhalt in den Kanal laufen ließen und anzündeten, also daß die Pinkertons elendig hätten verbrennen müssen, wenn man sie nicht gnädig zu Gefangenen gemacht hätte. Diese seltsamen Geschehnisse las ich damals, wo ich als Grünhorn nach Amerika kam, mit nicht geringem Staunen. Und auch andere Leute werden erstaunen, wenn sie erfahren, daß der kriegsische Fabrikherr von Homestead, der neben den Hochöfen eine Burg baute, und eine Armee mit Kanonen, Repetiergewehren und Bajonetten aufmarschieren ließ, um seine widerpenstigen Arbeiter niederzuerwerfen, daß dieser schreckliche Kriegsmann kein anderer als der nachmalige Friedensfürst Andrew Carnegie war.“

Literarisches.

„Die heutige Siemaßkauf der Hausfrau“. Mit Vereitung von Salaten und Kompotts. Ein Hülfsbuch für den sparbaren Haushalt. Ueber 225 gute Rezepte und Anweisungen. Herausgegeben von Elsefriede Veeg. Preis 9) Pfg., Porto 10 Pfg. Verlag E. Abigt, Wiesbaden.

Adressenveränderungen.

Bandshut. V. Josef Alt, untere Frequenz 601 1/2.

Sterbefasel.

Gregor Risch, Büstenarbeiter, 54 Jahre alt, gestorben zu Striegau. Ruhe in Frieden!

Ein tüchtiger Journierer
sowie
ein Polierer und Beizer
hierbei gesucht.
Heinrich Maas
Hess. Bau- und Tischlermeister
Böhmer i. Hess.

Überall kann man's hören

Ich habe den größten Erfolg bei allen Holz- und Tischlerarbeiten erzielt. Ich habe die besten Holzarten und die besten Werkzeuge verwendet. Ich habe die besten Methoden erlernt und ich habe sie anderen gelehrt. Ich habe die besten Holzarten und die besten Werkzeuge verwendet. Ich habe die besten Methoden erlernt und ich habe sie anderen gelehrt.

Staatlich unterstützte städtische Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf.

TAGES-KURSE FÜR SCHREINER

(44 Std. wöchl.) Jeden Monat neue Unterrichtsstoffe (Buchh. Geschäftsbuchwechsl., Wechseldde., Rechnen, Kalkul., Fläch- u. Körperberechn., gewerb. Geometrie, Stil- u. Formel. Mat., Werkz., Maschinenkde., Freihandz., Fachzeichnen). Die Kurse bereiten auch auf die MEISTER-PRÜFUNG vor. Meistertisch kann in der Schule angefertigt werden. EINTRITT und AUSTRITT jederzeit möglich; die Kurse gestatten beliebige Unterbrechung in der Ausbildung. SCHULGELD: 10 Mark pro Monat, 40 Mark für 4-5 Monate. AUFNAHME-BEDINGUNGEN: Vollendung des 17. Lebensjahres und mindestens zweijährige Praxis. PROGRAMM steht kostenlos zur Verfügung. ANMELDUNGEN u. ANFRAGEN sind zu richten an die Direktion der Fachschule zu Düsseldorf, Charlottenstr. 87. Der Direktor: ZILLMER.

Eingeleitete Journiere für Nähtische, Eschellen und Sägen.

Hausarbeiten gegen 20 Pfg. in Dreiermaßen.
Rechtliche Anweisungsschriften.

**Ernst Hiller, Metzgermeister,
Hörsing, Düsselstraße 7.**

**Werkze., Nähtische
Tischler**

welche auf Wunsch eingearbeitet sind, stellt noch ein:
Hörsing-Möbelwerke, Detmold.

Es ist die höchste Zeit,

daß jeder, der der Krankengeldzuschüsse des Zentralverbandes christl. Holzarbeiter Deutschlands Sitz Köln, Beuelerwall 9, noch nicht angezogen, ihr beiträgt.

Beitrag nach Wahl 20, 30, 45 oder 55 Pfennig pro Woche.
Krankengeld: 75, 110, 165, 200 Pfg. für jeden Kalendermonat.
Aufnahme höchstens 40 Jahre.
Näheres bei den Ortskassierern.

**Bleistifte
Motermasse, Notizbücher**

liefern zum Verkauf in den Zahlstellen preiswert u. gut. Muster-Sortiment von Bleistiften geg. Einsendung v. 1 M. in Briefmarken. Lieferant der Zahlstelle Köln des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.